„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Für ein geeintes Canada.

Wenn canadische Bürger nichtbritischer Abstammung mitunter gewisse Forderungen erheben, die sich auf den Schutz ihrer Ehre, auf die Verteidigung natürlicher Rechte oder auf die Erringung der Gleichberechtigung beziehen, sofort werden manche Kreise furchtbar nervös. Ein sehr beliebtes Schlagwort, durch das man alle eignen Regungen der Minderheiten zu ersticken sucht, ist das Wort „Rassenhaß", mit dem man in solchen Fällen gerne um sich wirft. Gegen jene, die nur ihr gutes Recht verteidigen, die nichts sehnlicher wünschen als ein auf Freiheit und Gleichheit aufgebautes Canada, wird dann der verbitternde Vorwurf erhoben, sie wollten den inneren Frieden und die nationale Einigkeit stören, sie seien Gegner eines geeinten Canada. Man kann sich kaum einen törichteren Vorwurf denken.

Die Kapitolswächter Canadas müssen sich stets vor Augen halten, daß die canadische Konfederation nie zustande gekommen wäre, wenn man nicht vor 60 Jahren in kluger Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse die Ansprüche der französischen Minderheit respektiert und im Rahmen der canadischen Verfassung, des Britisch-Nordamerika-Aktes, offiziell anerkannt hätte. Nur auf dieser Grundlage war ein geeintes Canada möglich. Noch heute schulden wir den Gründern der Konfederation tiefsten Dank für [illegible] und die Großzügigkeit, womit man in der historisch bedeutsamsten Stunde das Problem der Einigung aller Canadier englischer und französischer Zunge gelöst hat. Die Männer jener Zeit begriffen besser als ihre Nachkommen, daß Einigkeit ohne Freiheit und Gleichheit undenkbar ist.

Wenn heute die Fremdgeborenen des Westens, gestützt auf ihre großen Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung, als gute canadische Bürger und als Baumeister an der Zukunft des Landes ebenfalls gewisse Rechte für sich beanspruchen, so dienen sie der inneren Einigung Canadas nicht als jene, die mit einem gehässigen Schlagwort jede selbständige Regung niederzutrumpfen suchen. Man kann nicht Menschen aus verschiedenen Nationen und verschiedenen Ländern über einen Leisten schlagen; man kann wohl Waren und Maschinen, aber nicht Menschen „standardisieren"; man muß der Persönlichkeit, der Individualität des Einzelnen wie ganzer Volksgruppen freien Spielraum gewähren. Dann fühlen sich auch die Minderheiten im Rahmen des canadischen Volkes am wohlsten. Dann gehen sie mit den anderen Kreisen in den großen nationalen und wirtschaftlichen Fragen Canadas freudig und bereitwillig Hand in Hand.

Wenn man sich in maßgebenden Kreisen von der Idee befreit, als könne man auf mechanischem, maschinenmäßigem und schablonenhaftem Wege die Einigung aller Canadier erzielen, so wird Canada auch innerlich mehr erstarken, als wenn man mit politischen oder moralischen Druckmitteln nur Gegendruck erzeugt. „Durch Freiheit und Gleichheit zur Einigkeit!" muß die Parole von Küste zu Küste sein.

Internationale Regelung der Auswanderung.

Auf einer der letzten Völkerbundsversammlungen wurde u. a. beschlossen, einen ständigen internationalen Ausschuß einzusetzen, der sich mit dem Auswanderungs- und Ansiedlungsproblem beschäftigen soll. Endlich kommt man also auf den Gedanken, daß die Völkerwanderung der Jetztzeit dringend eine internationale Regelung verlangt, wenn nicht hier das Recht des Stärkeren allein ausschlaggebend sein soll.

Wie ist denn die Lage gegenwärtig? Jeder Staat, der an Uebervölkerung leidet, muß zusehen, wie seine Glieder abwandern, um sich günstigere Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Auf der anderen Seite gehen sich zu schwach bevölkerte Gebiete alle Mühe, Ansiedler heranzuziehen. Den Heimatstaaten liegt daran, die Auswanderer auch in der Fremde noch als die ihrigen betrachten zu können. Sie sind bestrebt, durch eine entsprechende staatsbürgerliche Erziehung der Abwandernden dafür zu sorgen, daß der in der Fremde zu Besitz gekommene Siedler wieder in seine alte Heimat zurückkehrt und auf diese Weise zur Vergrößerung des Volksvermögens beiträgt. Ganz andere Ziele verfolgen die Ansiedlungsgebiete. In der Erkenntnis, daß Wohlstand nur durch eine seßhafte Bevölkerung begründet werden kann, ist ihr Trachten darauf gerichtet, den neuen Bürger festzuhalten, ihn womöglich ganz und gar zu naturalisieren, damit er sich heimisch fühlt. In welchem Maße dieses einzelnen Staaten gelungen ist, zeigen die zahlreichen Beispiele aus den letzten fünf bis sechs Jahrzehnten und zwar vorwiegend aus den Vereinigten Staaten, aber auch aus den aufblühenden Gebieten Südamerikas.

Unter jenen Auswanderern, die in kürzester Zeit von der neuen Heimat vollkommen assimiliert wurden, sind die Deutschen weitaus in der Mehrheit. Der Italiener geht nur als Erntearbeiter nach Südamerika, um den Lohn später in der Heimat zu verzehren. Der Engländer mit seinem außerordentlich stark ausgeprägten Nationalitätsgefühl blieb auch in der Fremde Generationen hindurch Engländer. Nur die Deutschen haben in leider allzu vielen Fällen schnell vergessen, daß es auch für den einzelnen Siedler wertvoll ist, die Verbindung mit der Heimat nicht zu vernachlässigen. Statt dessen sind Sprache und Sitte, vielfach sogar neue Namen, der zweiten Heimat entsprechend, angenommen worden.

Elsässische Autonomisten-Forderungen.

Nach einer Meldung aus Straßburg hat die „Zukunft", das Organ des elsässisch-lothringischen Heimatbundes, das Programm der neugebildeten Autonomisten-Partei veröffentlicht. Darin wird erklärt, das Streben der Partei nach Autonomie für Elsaß-Lothringen ließe sich im Rahmen des französischen Staates verwirklichen, wenn dieser seinen guten Willen zeige. Das Endziel der Autonomisten-Partei sei die Schaffung eines freien Elsaß-Lothringens, das als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich diene. Alsdann werden folgende 17 Programmpunkte aufgestellt:

1. Die elsässisch-lothringische Art muß aufrechterhalten und unterstützt werden; 2. Die deutsche Sprache muß die Grundlage des Unterrichts werden und den ersten Platz in der Schule, im öffentlichen Leben, in der Verwaltung und in der Kirche einnehmen; — 3. Die Verwaltung des Landes muß den Bedürfnissen des Landes entsprechen und aus dem Land Gebürtige müssen an ihrer Spitze stehen; — 4. Die Rechtsprechung muß verbessert werden. Die Wiedereinrichtung der Schöffengerichte wird gefordert. Die Schwurgerichte müssen ihre Verhandlungen in deutscher Sprache führen; — 5. Die elsaß-lothringischen Eisenbahnen müssen Eigentum des Volkes sein; — 6. Elsaß-Lothringen muß seine Staatsbank sowie seine Postverwaltung haben; — 7. Die Bodenreichtümer müssen Eigentum des Volkes werden; — 8. Vereinigung der elsässischen Soldaten in eigenen Formationen, die im Elsaß stehen, mit Cadres in deutscher Sprache; — 9. Die Sozialversicherung muß aufrechterhalten und verbessert werden; — 10. Die städtischen Einrichtungen müssen aufrechterhalten und die städtische Freiheit verstärkt werden; — 11. Eine Arbeiterkammer muß gegründet werden, um die Zahl der Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermindern; — 12. Eine vollkommene Reform der Steuern muß erfolgen, die den Bedürfnissen des Landes und seinen Entwicklungsmöglichkeiten entspricht; — 13. Eine besondere Zollzone für das Elsaß muß eingeführt werden, damit dieses sich gemäß seinen natürlichen Interessen ausdehnen kann; — 14. Besondere Schulen für die Landwirtschaft, das Handwerk, die Handelsangestellten und mittleren Techniker; — 15. Stimmrecht für die Frauen; — 16. Aufrechterhaltung des „Status quo" in Schule und Kirche, was die religiösen Fragen betrifft; — 17. Entschädigung der Opfer des Krieges, der Revalorisierung des Vertrages von 1919, der Inhaber deutscher Kriegsanleihen.

Die Straßburger Polizei hat die Beschlagnahme der Autonomisten-Zeitung „Wahrheit", die von Baron Klaus von Bulach herausgegeben wird, angeordnet und die Veröffentlichung des Blattes verboten. Gleichzeitig hat die Staatsanwaltschaft gegen Baron Bulach ein Verfahren wegen Bedrohung, Beleidigung und Verleumdung durch Zeitungsartikel sowie gegen den verantwortlichen Geschäftsführer Baumann wegen Beamtenbeleidigung eingeleitet.

Der Bischof von Straßburg, Monsignore Ruch, hat an den Ministerpräsidenten Poincare einen Brief gerichtet, in dem er sich gegen die Abberufung einer Lehrschwester von der St. Johannis-Schule in Straßburg beschwert. Der Bischof erklärt, daß diese Abberufung den ersten Akt eines Feldzuges gegen Lehrschwestern darstelle. Er verlangte die Beibehaltung der Lehrschwestern in der katholischen Schule. Weiter weist der Bischof darauf hin, daß die autonomistische Bewegung im Elsaß deswegen so großen Zulauf aus katholischen Kreisen finde, weil man die Konfessionsschule abschaffen und die Simultanschule einführen wolle.

Weltumschau

Gleichzeitig mit der Eröffnung der neuen Sitzung des deutschen Reichstags vollzog sich im Reichstagsgebäude auf dem Königsplatz ein eindrucksvoller Weiheakt. Im großen Wandelgang wurden die Büsten der beiden ersten Präsidenten des neuen Deutschen Reichs, Friedrich Ebert und Paul von Hindenburg, feierlich enthüllt. Die gesamte Regierung unter der Führung des Reichskanzlers Dr. Marx, zahlreiche weitere Vertreter der amtlichen Welt und Reichstagsmitglieder der verschiedenen Parteien in großer Anzahl wohnten dem Enthüllungsakt bei. Reichstagspräsident Paul Löbe hielt die Enthüllungsrede. In kurzen Worten legte er die Verdienste der zwei Männer um das deutsche Land und Volk dar. Er pries ihre Hingabe an das Vaterland, ihr Pflichtbewußtsein und ihr stilles und dabei erfolgreiches Wirken. Ein glückspendendes Geschick so führte er aus, habe an die Spitze der jungen Republik zwei Männer gestellt, die, wenn auch auf verschiedenem Lebensgang und von verschiedenen Anschauungen, sich doch gleich und einig seien in der Liebe zu ihrem Lande und Volke und in der festen Zuversicht auf eine neue große Zukunft des Reiches. Frau Ebert, die Witwe des ersten Präsidenten der Republik, wohnte der Feier bei. Präsident von Hindenburg war durch Staatssekretär Dr. Meißner, den Chef des Bureaus des Reichspräsidenten, vertreten.

Ehrung Eberts und Hindenburgs.

Die Stimmung, die im Reichstag bei seiner Wiedereröffnung deutlich wurde, ist eine wenig freudige. Es wird eine kurze, aber erregte Session erwartet. Die Gespräche in den Wandelgängen beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem großen Streik im rheinisch-westfälischen Grubengebiet sowie im Magdeburger Braunkohlenbezirk und den von ihm befürchteten Auswirkungen. Die Notwendigkeit der Ergreifung von Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung des Streiks auf das Ruhrkohlenbecken wird betont.

Die wirtschaftlichen Unruhen, die Streikbewegung der Textilarbeiter eingeschlossen, haben, haben das Interesse selbst an der Schulgesetzgebung zurückgedrängt. Unter den obwaltenden Umständen ist eine Erledigung der betreffenden Vorlage noch in dieser Sitzung kaum zu erwarten.

Dem Vernehmen nach will Dr. Otto Geßler, der Reichswehrminister mit längster Dienstzeit, in Bälde ausscheiden. Seit 1921 im Amt, überlebte Geßler ein Dutzend Kanzler. Er kam mit allen aus, hauptsächlich weil er sich vom politischen Feld und seinem Hader fern hielt. Nur in seltenen Zwischenräumen trat der Wehrminister in das Licht der Oeffentlichkeit: Nach der Ruhrbesetzung, als die Linke die gesetzwidrige schwarze Reichswehr bloßstellte oder damals, als der älteste Sohn des früheren Kronprinzen mit Wissen des damaligen Oberbefehlshabers General von Seeckt an Uebungen der Reichswehr teilnahm. Dr. Geßler wurde angegriffen, blieb aber auf seinem Posten.

Rücktrittsabsichten Dr. Geßlers.

Geßler wird hauptsächlich wegen seiner Leistungen auf dem Gebiet der Reichswehr in Erinnerung bleiben. Als er die Reichswehr im Mai 1921 von seinem einzigen Vorgänger, dem Sozialisten Noske, übernahm, war sie nichts weiter als ein ungeschulter Haufen von Soldaten. Heute ist die Reichswehr eine der tüchtigsten und am besten ausgebildeten Armeen auf dem Festland, nur durch das Fehlen der modernsten Kriegsmaschinen, gemäß dem Versailler Vertrag, gehemmt.

Wie in Friedrichshafen verlautet, deutete Reichsfinanzminister Koehler kürzlich bei einem Besuch der Zeppelinwerke an, daß die Reichsregierung für die Fertigstellung des im Bau befindlichen Luftschiffes vielleicht doch zwei Millionen Mark geben werde. Der Reichstag hat die Subvention bereits einmal verweigert und man will jetzt versuchen, die zwei Millionen trotzdem auf das Reichsbudget zu setzen, da man glaubt, daß der geplante Flug des Luftschiffes rund um die Welt eine gute Reklame für das Reich sein würde.

Reichssubvention für Zeppelinbau?

Bergleute im Braunkohlenrevier Mitteldeutschlands traten wegen eines Lohnstreites in den Ausstand. Berichte aus dem Distrikte lassen erkennen, daß fast 90 Prozent der Männer die Arbeit niederlegten. Die elektrische Kraftzufuhr wird durch den Streik betroffen, und die Behörden einiger Städte in Mitteldeutschland haben die Stromzufuhr beschnitten. Falls der Streik längere Zeit anhalten sollte, wird sich in größeren Städten, wie Berlin, Köln und Hamburg, ein Kohlenmangel einstellen, da die Kohlenhändler nur einen beschränkten Vorrat von Braunkohle haben, die in Privathäusern allgemein zur Heizung verwendet wird.

Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Weil eine Motorröhre leck geworden war und daher unverhältnismäßig viel Gasolin aufgebraucht wurde, flog das Heikel'sche Wasserflugzeug D-1220, das von Warnemünde aus auf dem Etappenflug nach den Ver. Staaten begriffen ist, von Vigo nicht direkt nach den Azoren, sondern vorerst nach Lissabon; es langte hier nach einem bei idealem Wetter bewerkstelligten Fluge an. Ist das Wetter günstig, dann erfolgt von hier aus der Weiterflug nach den Azoren, von denen dann das Junkers-Flugzeug D-1230 bereits nach Neufundland abgeflogen sein mag. Die schadhafte Leitungsröhre des Motors wurde repariert.

Zweiter deutscher Flieger in Portugal.

Von Krakau und Kattowitz aus ist ganz Polen in 10,000 Exemplaren mit einer anonymen, mit Schreibmaschine geschriebenen Flugschrift überschwemmt worden, die auch den Zeitungen und hochgestellten Persönlichkeiten zugestellt wurde und das geheimnisvolle Verschwinden des Generals Zagorski behandelt. Das Rundschreiben, welches den Titel „Die Wahrheit über den Fall Zagorski" trägt, erhebt gegen die Regierung und verschiedene Offiziere allerschwerste Anklage. Es wird darin behauptet, daß General Zagorski auf höheren Befehl ermordet worden sei.

Polnische Wirtschaft.

Ueber die Einzelheiten wird angegeben: „Zagorski wurde verhaftet und nach Warschau gebracht. Auf dem Bahnhofe empfingen ihn mehrere Offiziere und schafften ihn nach dem Lokale des Strcelec-Verbandes (Schützenverein), von dort nach dem Fort der Legionäre, wo er ermordet wurde. Darauf wurde die Leiche mit Steinen belastet bei Wilanow in der Nähe von Warschau in die Weichsel geworfen."

Die Regierungspresse behauptet, daß es sich um eine abscheuliche Verleumdung handle. Hingegen verlangen nationaldemokratische und sozialdemokratische Blätter, daß die in der Flugschrift angeklagten Personen verhört werden. Dies sei schon notwendig, um die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe zu erweisen. Ein offizielles Kommunique sollte zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen. Die Behörden müßten ihr Schweigen brechen, um sich mit den Vorwürfen der Flugschrift auseinanderzusetzen.

Mit der Erklärung, die freundschaftlichen Beziehungen zu Polen seien bedroht, hat Litauen formell an den Völkerbundrat appelliert und ihn ersucht, sich in der Frage der litauischen Schulen in der früheren litauischen Stadt Wilna ins Mittel zu legen, die, wie die Kowno-Regierung geltend macht, von Polen unterdrückt worden sind. Litauen ersucht den Rat, unter Artikel XI der Ligasatzungen vorzugehen, welcher der Körperschaft das Recht erteilt, einzugreifen, wenn ein Ligastaat den Frieden für bedroht erachtet.

Für litauische Schulen in Polen.

Kürzlich hat Litauen sich mit einer Beschwerde bezüglich der Wilnaer Schulfrage an den Völkerbund gewandt. Sein jetziges Vorgehen indeß gibt der Angelegenheit eine ernstere Wendung.

Seit der Besetzung Wilnas durch die Polen hat Litauen geltend gemacht, der Kriegszustand mit Polen bestehe und hat sich geweigert, in diplomatische Beziehungen zu jenem Land zu treten. In Völkerbundkreisen wird angenommen, daß durch diesen Schulstreit das ganze Problem der litauisch-polnischen Beziehungen neu eröffnet wird.

Das Sowjet-Parlament, das eine außerordentliche Sitzungsperiode eröffnete, wurde durch die Ankündigung einer neuen Regierungspolitik überrascht, durch die die Machthaber die um sich greifende Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Bauern zu beschwichtigen hoffen. In der Eröffnungssitzung verlas der Präsident des Rates der Volkskommissare, Alexis J. Rykow, ein Manifest, das einige drastische Aenderungen in der inneren Politik einführt. Die Regierung weist darin unter anderem den Präsidenten des allrussischen Exekutivkomitees an, aus dem in der Union sozialistischer Sowjetrepubliken in Kraft bestehenden Strafgesetzbuch die Bestimmung, die sich auf die Verhängung der Todesstrafe bezieht, zu annullieren. Hinfort soll die Todesstrafe als Mittel der sozialen Verteidigung nur für Verbrechen gegen die Regierung und für militärische und bewaffnete Aufstände zugelassen werden.

Reformen in Rußland.

Andere wichtige Verfügungen der Rateregierung sind: Eine Milderung der Strafen aller Personen, die jetzt in den Gefängnissen der Sowjetunion Strafe zu verbüßen, gleichviel ob die Urteile von Gerichtswegen oder auf administrative Anordnung erlassen sind. Ausgenommen sind aktive Mitglieder politischer Parteien, die sich die Vernichtung der Sowjetregierung zum Ziel gesetzt haben, ferner Diebe von Regierungsfonds und Beamte, die wegen Bestechlichkeit bestraft wurden. — Die Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Arbeitsstunden. — Erhöhung der letztjährigen Budgetbewilligung für die Errichtung von Arbeiterwohnungen um 15 Millionen Rubel. — Befreiung von aller Steuerleistung für zehn weitere Prozent der Kleinbauern. 25 Prozent dieser Klasse armer Bauern sind bereits von der Steuerzahlung befreit. — Erhöhung des Schulbudgets für die Dorfbewohner um 15 Millionen Rubel. — Verdoppelung des Versicherungsfonds für Kriegsinvaliden. — Eine Bewilligung von 10 Millionen Rubel, aus welchem Fonds Viehbestände und landwirtschaftliche Geräte für arme Bauern angeschafft werden sollen. — Ausarbeitung eines Planes, um den Bauern ein von materiellen Sorgen freies Alter zu sichern. — Endlich Zusicherung verschiedener Privilegien an die Arbeiter und Bauern.

Rykow sowohl wie Michael Kalinin, der Präsident des allrussischen Zentralexekutivkomitees, betonten in Ansprachen an das Parlament, daß mit den neuen Verfügungen eine liberalere innere Politik eingeleitet werde, die vor allem der Arbeiterschaft zugute kommen wird.

Die neue Politik wird als ein Zugeständnis an die Opposition aufgefaßt. Während man sich rüstet, die zehnte Jahreswende des Bestehens des Sowjetstaates am 7. November festlich zu begehen und dieses Fest in seinen Aeußerlichkeiten so zu gestalten, daß es die Lebensfähigkeit des Bolschewismus beweisen soll, gärt es in Arbeiterversammlungen und unter der Bäuernschaft immer weiter.

Das plötzliche Erscheinen von Leon Trotzky mit Gregor Sinoview, die kürzlich aus der Exekutive der kommunistischen Internationale ausgestoßen worden sind, in der Eröffnungssitzung des Sowjet-Parlaments im Taurischen Palast zu Moskau hat zu Vermutungen aller Art Veranlassung gegeben. Die Gerüchte erhalten sich, die beiden könnten als Mitglieder der allrussischen Exekutive auf der Rednerbühne erscheinen und eine Erklärung abgeben, die entweder dazu angetan wäre, die bestehende Kluft zwischen ihnen und den Führern der Kommunisten-Partei zu überbrücken, oder aber als Herausforderung ihrer Gegner die bestehende Spannung noch zu erhöhen. Niemand kennt deren Pläne, noch den genauen Zweck ihres unerwarteten Erscheinens in Moskau, es wäre denn, sie beabsichtigten, sich für einige Zeit hier aufzuhalten, um Beobachtungen machen zu können.

Trotzky und Sinoview.

Trotzky und Sinoview betraten in unmittelbarer Nähe des Rostrums durch einen Seiteneingang kurz nach Eröffnung der Sitzung den Saal, als eben die Kapelle Chopins Trauermarsch intonierte. Sie verließen den Taurischen Palast ebenso plötzlich, als sie gekommen waren.

Dem Exchange-Telegraph wird aus Teheran gemeldet, daß der dortige neue Sowjetbotschafter, Dawtian, bezüglich des am 1. Oktober in Moskau unterzeichneten russisch-persischen Schieds- und Nichtangriffsvertrages erklärte, daß dadurch die Neutralität beider Länder für den Kriegsfall eines derselben gesichert werde und daß in den Vertragsbedingungen die Nichtanteilnahme an wirtschaftlichen und militärischen Blockaden eingeschlossen sei. Der Abschluß eines persisch-russischen Handelsvertrages dürfte nach der Erklärung des Botschafters Dawtian einigen Aufschub erleiden, da vorher noch verschiedene Vereinbarungen getroffen werden müssen. Als Grundlage des Abkommens werde ein Konsularvertrag dienen, bei dem es sich weniger um die Frage der Errichtung von Konsulaten, als eher um die Sicherung eines gewissen Rechtsschutzes für persische Kaufleute, die in Rußland arbeiten wollen, handelt. Der Botschafter sagt, in Zukunft werden die persischen Handelsleute berechtigt sein, auf dem Gebiete der Sowjetunion ohne spezielle Erlaubnisscheine der sowjetrussischen Handelsvertretungen direkten Handel treiben zu dürfen.

Rußland und Persien.

Dawtian läßt in seiner Erklärung kein Wort über die nordpersischen Oelkonzessionen fallen, obzwar wahrscheinlich gerade dieser Punkt bei den wirtschaftlichen Verhandlungen der beiden Staaten den Ausschlag gibt. Es handelt sich hierbei um den großen Rivalitätsstreit der englischen und der amerikanischen Oelgesellschaften, von denen die letzteren bekanntlich den Weg nach Rußland bereits gefunden haben und nun mit Rußlands Beistand die Durchdringung der persischen Oelgebiete versuchen. Soweit man erfährt, ist die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens geplant, bei dem die persische Regierung bis zur Hälfte des Kapitals interessiert sein wird.

In einer Versammlung des vor drei Jahren gegründeten Verbandes „Der britische Israelit" in London wurde ein zweiter Weltkrieg vorausgesagt, der angeblich einen noch größeren Umfang haben werde als der erste. Der Prophet war Basil Stewart, der seine Voraussage auf die Symbolik der Großen Pyramide und auf Stellen der Bibel stützt. Er sagte, der nächste Weltkrieg werde am 28. Mai 1928 beginnen, bis zum 16. September 1936 dauern und von Naturkatastrophen, Erdbeben und Ueberschwemmungen in einem noch nie erlebten Ausmaße begleitet sein. Stewart erklärte, Großbritannien werde aus dem Kriege siegreich hervorgehen, aber Rußland werde gänzlich vernichtet werden.

Ein Kriegsprophet

Begleitet von Salutschüssen der Kriegsschiffe und den jubelnden Zurufen Tausender von Zuschauern stiegen vier britische Kampfflugboote in Plymouth (England) zu einer Kreuzfahrt von 25,000 Meilen auf, deren Zeitdauer auf ein Jahr berechnet ist. Der Flug umfaßt die erste Ueberfliegung der Küste von Indien, eine volle Umkreisung von Australien, einen Abstecher nach Hongkong und dann den Rückflug nach Singapur, wo das Geschwader wahrscheinlich dauernd stationiert wird. Zweck des Fluges ist, die Dauerhaftigkeit der Metallrümpfe zu erproben, die Luftlinie nach dem Osten unter besonderer Rücksicht auf mögliche Anlage von Stützpunkten für Flugzeuge zu erkunden und ferner die Flagge der königlichen Luftflotte in der Welt zu zeigen. Der Kommandeur des Fluges, Kapitän Cave-Browne-Cave, ist einer der bedeutendsten Flieger Englands. Der Geschwaderführer G. E. Livock ist der zweite im Kommando.

Britische Luftrüstungen.

Die kürzliche Meldung, daß in der britisch-westafrikanischen Kolonie Sierra Leone noch etwa 220,000 Menschen als Sklaven leben, die nunmehr endlich befreit werden sollen, hat viele in Erstaunen gesetzt. Zu diesem Thema liefert nun Rev. Dr. James Denton, in London, der jahrelang Mitglied des gesetzgebenden Rates von Sierra Leone war, einige interessante Erläuterungen. Eine Gewaltanwendung zur Durchführung der Sklavenbefreiung hält Rev. Denton nicht für ratsam und bezeichnet als einfachste Lösung des Problems den Loskauf mit Hilfe des Ueberschusses des Jahreshaushaltes.

Sklaverei in britischer Kolonie.

Er sagt, daß man nach alter Ueberlieferung in Sierra Leone verschiedene Arten der Knechtschaft und Sklaverei unterscheide. Die erste Kategorie besteht aus ehemals Freien, die in Sklaverei gerieten. Diese Sklavenklasse hat nur die Rechte, die ihr von den Sklavenhaltern gewährt werden. Die zweite Gruppe bilden die Söhne und Enkel von Sklaven, die sogenannten Haussklaven. Diese werden von den Häuptlingen fast als Familienmitglieder behandelt, erhalten nach alter Sitte Ackerland zur eigenen Bearbeitung und Ernährung, und sind einige Tage in der Woche dienstfrei, um ihren Grund und Boden bearbeiten zu können. In der vierten Generation erhalten solche Haussklaven nach altem Brauch die Freiheit.

Der italienische Gesandte A. Bordrero in Belgrad hat an den jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch einen Protest gerichtet, in welchem er Beschwerde erhebt gegen den Ton der serbischen Presse seit der Ermordung des albanischen Gesandten Tiena, der am Donnerstag der vergangenen Woche einem Attentat zum Opfer fiel. Bordrero erklärt, die Bemerkungen der Presse seien darauf berechnet, eine Spannung zwischen Italien und Jugoslawien herbeizuführen. Marinkowitsch versprach, seinen Einfluß in der gewünschten Richtung aufzubieten, jedoch hob er hervor, daß der Ton der italienischen Presse auch nicht gerade sympathisch für Jugoslawien gehalten sei.

Italien warnt Jugoslawien.

Schiffskarten von und nach Europa und Rußland

Geldüberweisungen nach allen Teilen der Welt in Dollars und in der Landeswährung durch Kabel, Check und Money Order. Rechtsgültige Dokumente, Einwanderungspapiere nach den Staaten, Pässe, Bürgerpapiere sind meine Spezialität.

Versicherungen aller Art in nur erstklassigen Gesellschaften.

Ich verwalte Nachlässe, kollektiere Gelder und besorge Anleihen.

Verkauf und Tausch von Farmland und Stadteigentum.

Vertreter der ältesten und bekanntesten Schiffsgesellschaften:

White Star Dominion Line — Red Star Line — American Line — Cunard Line — Anchor-Donaldson Line — Scandinavian American Line — United American Lines und Hamburg-Amerika Linie.

Vertreter der Bank of United States und der American Expreß Co.

Mein Name bürgt für ehrliche und zuverlässige Bedienung.

H. SCHUMACHER

Schiffskartenagentur, Oeffentlicher Notar, Eideskommissar u. Auktionator.

Office Phone 5790 — Haus Phone 6068.

1607—11th Ave. Regina, Sask.

St. Bureaukratius.

Auch außerhalb der sporttreibenden Kreise dürfte man schon vom Davis-Pokal und seiner Bedeutung für die tennisspielende Welt gehört haben. Diese berühmte Trophäe der Tenniswelt wurde in diesem Jahre von Frankreich gewonnen und traf kürzlich auf dem Dampfer „La France" aus Amerika in Le Havre ein. Eine große Schar begeisterter Anhänger des „weißen Sports" hatte die Reise von Paris nach Le Havre nicht gescheut, um einen Teil der siegreichen Mannschaft mit dem hart umstrittenen Siegespreis beim Eintreffen auf heimatlichem Boden zu begrüßen. Der Führer der Mannschaft zeigte schon von Bord aus der am Kai versammelten Menge den riesigen Pokal. Dann schickte man sich an, ihn im festlichen Zuge zur Bahn zu tragen, um ihn nach Paris zu bringen. Doch man hatte die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle ohne den französischen Zollbeamten in Le Havre gemacht. Dieser gewiß außerordentlich tüchtige Beamte hatte wohl schon einmal vom Tennissport, aber noch nichts vom Davispokal gehört. Für ihn handelte es sich hier einfach um ein Stück Silberarbeit, Wert 40,000 Franken, denn auf diesen Betrag lautete die Transportversicherung. Doch es gab noch eine weitere Schwierigkeit: Wem gehört der Pokal? Den Amerikanern offenbar nicht mehr, denn sie hatten ihn gerade verloren. Den Franzosen aber auch nicht; diese hielten ihn zwar zur Zeit in Händen, müssen aber im kommenden Jahre wieder darum kämpfen, und es ist ungewiß, ob sie dann wieder den Sieg davon tragen werden. Man versuchte, dem Zöllner das Wesen eines Wanderpreises klar zu machen; vergebens, Wanderpreise standen nicht in seinen Listen, er brauchte sie also auch nicht zu kennen. Nach langen Verhandlungen kam er auf den rettenden Ausweg. Da es noch ungewiß ist, ob der Pokal im nächsten Jahre in Frankreich bleibt, handelt es sich um ein Stück, das nur zu vorübergehendem Aufenthalt eingeführt werden soll. Als „Durchfuhrgut" fällt es dann unter einen bestimmten Artikel des französischen Zolltarifs, und die Zollbehörde konnte, ohne ihr Gewissen zu belasten, die Einfuhr genehmigen. — Die französischen Tennisspieler, die sieben Jahre lang um diesen Pokal gekämpft haben, sollen recht lange Gesichter gemacht haben, als ihnen amtlich bescheinigt wurde, daß der Preis nur „zu vorübergehendem Aufenthalt" nach Frankreich gekommen sei.

— Respekt vor dem bloßen Reichtum eines anderen ist das unzweifelhafteste Zeichen einer völlig mangelnden eigenen Bildung.

Herr Farmer!

Sie wollen erstklassige Information über die Getreidepreise. Das heißt runde, große Dollars für Sie. Geld in Ihrer Tasche, vielleicht mehr als Sie erwartet haben, für Ihr Getreide.

Wir sind Kommissionshändler, Track-Käufer und Broker, und wir handhaben Ihren Weizen, Hafer, Roggen, Flachs und Gerste auf Kommission. Wir sehen zu, daß Ihr Getreide richtig gradiert wird, und daß Sie prompte Rückzahlung und rasche Erledigung bekommen. Wir schießen Ihnen auch Geld vor auf Ihre Verladungsscheine.

Senden Sie Ihre nächste Car zu uns. Advise Malden Elevator Coo., Ltd., Winnipeg.

Malden Elevator Co., Ltd.

Regina Office 1753 Scarth Street. Phone 8228.

Lasset uns wissen und wir werden Ihnen die Bills of Lading senden. Oder wir werden Sie gerne besuchen.